

Planungsgemeinschaft Städteregion Ruhr

**Änderungsverfahren 25 BO – Quartier Feldmark –
zum Regionalen Flächennutzungsplan**

**Synopse der Anregungen im Rahmen der Frühzeitigen Beteiligung der Behörden
und sonstigen Träger öffentlicher Belange**

Februar 2018

Beteiligter: RMR Rhein-Main-Rohrleitungstransportgesellschaft mbH ID-Nr.: 191		Eingang: 17.01.2017 Nummer der Anregung: 01
Anregung: Von der vorgenannten Maßnahme werden weder unsere vorhandenen Anlagen noch laufende bzw. vorhersehbare Planungen unseres Hauses betroffen. Falls für Ihre Maßnahme für den Eingriff ein Ausgleich in Natur und Landschaft gefordert wird, muss sichergestellt sein, dass dieser nicht im Schutzstreifen unserer Leitungen stattfindet. Sollten diese Ausgleichsmaßnahmen vorgenommen werden, bitten wir um erneute Beteiligung.	Stellungnahme / Umgang mit der Anregung: Es ist nicht beabsichtigt, für eventuelle Eingriffe des Planvorhabens in Natur und Landschaft, Ausgleichsflächen im Schutzstreifen von Leitungen der RMR zu beanspruchen. Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	

Beteiligter: LWL-Archäologie für Westfalen Außenstelle Olpe ID-Nr.: 153		Eingang: 25.01.2017 Nummer der Anregung: 10
Anregung: Bzgl. des Änderungsverfahrens 25 BO Quartier Feldmark verweisen wir auf unsere Stellungnahmen zu den Bebauungsplänen der Stadt Bochum Nr. 900 und 901 "Wohnen an der Feldmark" und "Havkenscheider Höhe". Innerhalb des Quartiers Feldmark wurden bereits archäologische Untersuchungen durchgeführt, die zu einer Freigabe für die geplante Bebauung geführt haben. Daher bestehen gegen das Änderungsverfahren 25 BO keine Bedenken.	Stellungnahme / Umgang mit der Anregung: Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	

Beteiligter: Geologischer Dienst NRW ID-Nr.: 90		Eingang: 31.01.2017 Nummer der Anregung: 18
Anregung: Zur Änderung des o. g. Flächennutzungsplans weise ich mit Bezug auf unser Schreiben vom 11.6.2014 (31.130/3364/2014) noch einmal auf unser GDU-Portal hin. Ansonsten bestehen zum jetzigen Zeitpunkt keine Bedenken zum Änderungsverfahren: <u>Auskunftssystem „Gefährdungspotenziale des Untergrundes in Nordrhein-Westfalen“ im Landesintranet NRW (GDU-8behörden-version)</u> Die GDU-Behördenversion auf Grundlage der „Verordnung über die	Stellungnahme / Umgang mit der Anregung: Ausweislich des Auskunftssystems "Gefährdungspotenziale des Untergrundes in NRW" ist oberflächennaher Bergbau belegt. Auch wenn nach dem Auskunftssystem der BezR nur auf den oberflächennahen Bergbau hingewiesen wird, kann aufgrund der geologischen Situation tagesnaher Bergbau nicht ausgeschlossen werden. Dies wurde in den parallelen Bebauungsplanverfahren bereits berücksichtigt. Für die Bebauungspläne 900 und 932 im Bereich Quartier Feldmark	

<p>Übermittlung von Daten zu Gefährdungspotenzialen des Untergrundes an öffentliche Stellen" (UntergrundDÜVO NRW) ermöglicht einen Zugang zu grundstücksscharfen Informationen zum Untergrund. Die „GDU-Behördenversion" steht öffentlichen Stellen zur Verfügung, die sich mit raumbezogenen planungs- und vorhabenbezogenen Genehmigungsaufgaben, mit der Gefahrenabwehr sowie mit der Landesvermessung und Grundstückswertermittlung befassen.</p> <p>Das neue Auskunftssystem informiert über bestimmte bergbaulich und geologisch bedingte Gefährdungspotenziale des Untergrundes, wie z.B. Hohlräume, Ausgasungen, Erdbebengefährdung u. a. Städte und Gemeinden können über das Dienstleistungsportal der Landesverwaltung für den Kommunalbereich in NRW (https://lv.kommunen.nrw.testa.de.net/GDU 8ehoerde/) einen Zugang zur GDU Behördenversion beantragen. Bei Fragen bitte ich um Rücksprache mit S. Henscheid, GD-NRW, Tel. 02151-897-484 oder E-Mail: stefan.henscheid@gd.nrw.de.</p>	<p>(und damit für den Bereich der vorliegenden RFNP-Änderung) wurde bereits ein Bergbau-Gutachten inkl. Grubenbildeinsichtnahme durch einen Fachgutachter erstellt.</p> <p>Die gefundenen Bergbauschäden liegen allesamt außerhalb des Geltungsbereichs der RFNP-Änderung. Die Bergbauschäden wurden zwischenzeitlich saniert.</p> <p>Gleichwohl können die bergbaulichen und sonstigen Anhaltspunkte, die sich aus dem GDU-Portal ergeben, für die weitere Bebauungsplanung und Grundstücks-Entwicklung genutzt werden.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p>
---	--

<p>Beteiligter: Gesellschaft für Vermögensverwaltung mbH ID-Nr.: 279</p>	<p>Eingang: 01.02.2017 Nummer der Anregung: 20</p>
<p>Anregung:</p> <p>Bezüglich Ihres Schreibens teilen wir Ihnen mit, dass die Vorhaben 03 BO und 26 E außerhalb unseres Grubenfeldeigentums liegen. Zu diesen Vorhaben können daher Aussagen zur bergbaulichen Situation von uns nicht getroffen werden.</p> <p>Das Vorhaben 25 BQ befindet sich über dem auf Steinkohle verliehenen Grubenfeld „Caroline" der im Jahr 1968 stillgelegten Zeche Robert Müser. Die GfV mbH ist Bergwerksfeldeigentümerin.</p> <p>Ausweislich des Grubenbildes und unter Zugrundelegung der bestehenden technischen und tatsächlichen Rahmenbedingungen sind Einwirkungen des von uns zu vertretenden Bergbaus auf die Tagesoberfläche nicht mehr zu erwarten. Erfahrungen belegen jedoch, dass bergbaubedingte Beeinflussungen der Tagesoberfläche auch längere Zeit nach Einstellung der bergbaulichen Aktivitäten nicht sicher ausgeschlossen werden können. Eine belastbare Prognose, ab welchem Zeitpunkt für den Bereich des oben genannten Grundstücks bergbau-</p>	<p>Stellungnahme / Umgang mit der Anregung:</p> <p>Für die Bebauungspläne 900 und 932 im Bereich Quartier Feldmark (und damit für den Bereich der vorliegenden RFNP-Änderung) wurde bereits ein Bergbau-Gutachten inkl. Grubenbildeinsichtnahme durch einen Fachgutachter erstellt.</p> <p>Die gefundenen Bergbauschäden liegen allesamt außerhalb des Geltungsbereichs der RFNP-Änderung. Die Bergbauschäden wurden zwischenzeitlich saniert.</p> <p>Für die Bebauungspläne 900 und 932 im Bereich Quartier Feldmark (und damit für den Bereich der vorliegenden RFNP-Änderung) wurde bereits ein Bergbau-Gutachten inkl. Grubenbildeinsichtnahme durch</p>

<p>bedingte Beeinflussungen der Tagesoberfläche sicher ausgeschlossen werden können, kann zum gegenwärtigen Zeitpunkt leider nicht gestellt werden.</p> <p>Eine Wiederaufnahme des Bergbaus ist nicht vorgesehen.</p> <p>Ob ein von uns nicht zu vertretender Abbau Dritter stattgefunden hat, ist uns unbekannt.</p> <p>Wir weisen darauf hin, dass grundsätzlich natürliche Ausgasungen (insbesondere Kohlendioxid und Methan) aus dem Steinkohlengebirge nicht auszuschließen sind. Zur Klärung der Frage, ob im Baubereich mit derartigen Ausgasungen zu rechnen ist und welche Untersuchungs- bzw. Vorsorgemaßnahmen ggf. zu ergreifen sind, wenden Sie sich bitte an die Stadt Bochum.</p>	<p>einen Fachgutachter erstellt.</p> <p>Die gefundenen Bergbauschäden liegen allesamt außerhalb des Geltungsbereichs der RFNP-Änderung. Die Bergbauschäden wurden zwischenzeitlich saniert.</p> <p>Die Einstufung bzgl. Methangasaustritten ist im Bebauungsplanverfahren zu berücksichtigen</p> <p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.</p>
--	---

Beteiligter: Eisenbahn-Bundesamt ID-Nr.: 56		Eingang: 07.02.2017 Nummer der Anregung: 24
Anregung: <p>Unter Hinweis auf Ihr Schreiben vom 10.01.2017 teile ich Ihnen mit, dass das Eisenbahn-Bundesamt zu der o. g. Änderung keine regional-planerisch relevanten Anregungen und Bedenken vorzutragen hat.</p> <p>Bahnanlagen dürfen nicht überplant und zu keinem Zeitpunkt beeinträchtigt oder sogar gefährdet werden.</p>		Stellungnahme / Umgang mit der Anregung: <p>Im Rahmen des RFNP - Änderungsverfahren 25 BO werden keine Bahnanlagen überplant, beeinträchtigt oder gefährdet.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p>

Beteiligter: Landesverband der Jüdischen Gemeinden von Nordrhein ID-Nr.: 142		Eingang: 07.02.2017 Nummer der Anregung: 26
Anregung: <p>Soweit von Ihren Plänen kein jüdischer Friedhof betroffen ist, stimmt der Landesverband der Jüdischen Gemeinden von Nordrhein dem o.g. Bauvorhaben zu.</p>		Stellungnahme / Umgang mit der Anregung: <p>Nach Kenntnis der Planungsgemeinschaft ist durch die Planung kein jüdischer Friedhof betroffen.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p>

Beteiligter: Stadt Witten ID-Nr.: 229		Eingang: 14.02.2017 Nummer der Anregung: 27
Anregung: RFNP-Änderung 25 B - Quartier Feldmark - (Vorentwurf): Seitens der Stadt Witten werden im Rahmen der Einleitung des Scoping-Verfahrens keine Anregungen und Bedenken gegen o.g. Planänderungsverfahren geltend gemacht. Es wird jedoch um Prüfung und ggf. Aktualisierung des Kap. 2.1 „Vorgaben des Landesentwicklungsplans „ gebeten. Mit Datum v. 08.02.2017 hat der neue Landesentwicklungsplan Rechtskraft erlangt.		Stellungnahme / Umgang mit der Anregung: Mit Schreiben vom 10.01.2017 hat die Geschäftsstelle Regionaler Flächennutzungsplan (Stadt Essen) die frühzeitige TÖB-Beteiligung für das Änderungsverfahren 25 BO durchgeführt. Das war somit vor Rechtskraft (08.02.2017) des neuen LEP NRW. Unabhängig davon wurden in der Begründung unter Pkt. 2.1 „Vorgaben des Landesentwicklungsplans“ sowohl die Zielsetzungen des LEP 1995 als auch die in Aufstellung befindlichen Ziele und Grundsätze des LEP 2016 (als sonstige Erfordernisse der Raumordnung) abgehandelt. Selbstverständlich wird das Kapitel 2.1 gem. Rechtskraft des LEP NRW 2017 angepasst. Der Anregung wird gefolgt.

Beteiligter: Landesbetrieb Straßenbau Nordrhein-Westfalen ID-Nr.: 294		Eingang: 13.02.2017 Nummer der Anregung: 34
Anregung: Gegen die Änderungsverfahren werden keine grundsätzlichen Bedenken vorgebracht. Änderungsverfahren Nr. 25 B0 (Quartier Feldmark): Die Eigentumsflächen der L 705 dürfen durch den Änderungsbereich nicht tangiert werden. Immissionsschutzmaßnahmen sind von der Stadt Bochum zu veranlassen und vorzusehen.		Stellungnahme / Umgang mit der Anregung: Eigentumsflächen der L 705 werden durch den Änderungsbereich nicht betroffen. Aktive Immissionsschutzmaßnahmen zum Schutz der beabsichtigten Wohnbebauung werden in den verbindlichen Bauleitplänen in enger Abstimmung mit Straßen.NRW berücksichtigt bzw. festgesetzt. Der Anregung wird gefolgt.

Beteiligter: Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW ID-Nr.: 123		Eingang: 23.02.2017 Nummer der Anregung: 44
Anregung: Nach eingehender Prüfung der zur Verfügung gestellten Unterlagen sollten aus Sicht des LANUV noch zusätzlich folgende Bewertungskriterien berücksichtigt werden: • Das Fachinformationssystem „Klimaanpassung“ mit landesweiten Daten- und Informationsgrundlagen zur Abschätzung der Folgen des		Stellungnahme / Umgang mit der Anregung: Die Planungen für die Rahmenplanung „OSTPARK – Neues Wohnen“ (zu der auch die vorliegende RFNP-Änderung gehört) wurden von Oktober 2014 bis September 2017 unter Aspekten der Anpassung an den Klimawandel wissenschaftlich begleitet, im Rahmen des öffentlich geförderten Forschungsvorhabens „Plan4Change“. Ziel war die Umset-

<p>Klimawandels (u.a. Klimatope und Bodenversiegelung) http://www.klimaanpassung-karte.nrw.de/ • Der Klimaatlas NRW des LANUV mit umfangreichen Informationen zum Klima und seiner Entwicklung in Nordrhein-Westfalen www.klimaatlas.nrw.de</p>	<p>zung einer klimawandelangepassten Stadtentwicklung anhand des Modellprojektes OSTPARK. Hierzu gehörten umfassende klimatologische Modellierungen der Ruhr-Universität Bochum. Es wurden verschiedene Varianten des Bebauungskonzepts gegenübergestellt und in Hinblick auf die Klimaanpassung optimiert. Die konkrete Umsetzung erfolgt im Rahmen der Bebauungsplanung.</p> <p>Die Stadt Bochum hat damit einen außergewöhnlichen Weg beschritten, um mögliche negative Auswirkungen der neuen Bebauung auf das Stadtklima auf ein Minimum zu beschränken.</p> <p>Insofern können zum jetzigen Zeitpunkt die angeregten Tools als Zusatzinformation heran gezogen werden.</p> <p>Der Anregung wird gefolgt.</p>
<p>Auf Ebene der Regionalplanung ist es sinnvoll, die Artenschutzbelange im Sinne einer überschlägigen Vorabschätzung zu berücksichtigen, soweit sie auf dieser Ebene bereits ersichtlich sind. Auf diese Weise lassen sich regionalplanerische Festsetzungen vermeiden, die in nachgeordneten Verfahren aus Artenschutzgründen nicht umgesetzt werden können. Im Rahmen der Regionalplanung sollen landesweit und regional bedeutsame Vorkommen von FFH-Anhang IV-Arten oder europäischen Vogelarten bei raumwirksamen Planungen auch außerhalb von Schutzgebieten besonders berücksichtigt und nach Möglichkeit erhalten werden. Interessenkonflikte mit sog. „verfahrenskritischen Vorkommen“ dieser Arten sind möglichst durch die Wahl von Alternativen zu vermeiden (vgl. 2.7.2. VV-Artenschutz http://artenschutz.naturschutzinformationen.nrw.de/artenschutz/web/babel/me%20dia/vv_artenschutz_inkl_einfuehrungserlass_20160606.pdf). Dem LANUV sind derzeit aus dem Planungsraum keine verfahrenskritischen Vorkommen bekannt. Eine vollständige Bearbeitung der artenschutzrechtlichen Prüfung ist in den weiteren Planungsschritten bzw. im Genehmigungsverfahren durchzuführen. Darüber hinaus bestehen zum jetzigen Verfahrenszeitpunkt keine wei-</p>	<p>Für den Bereich der RNFP-Änderung wurde bereits eine Artenschutzprüfung Stufe I durchgeführt (im Rahmen der Bebauungsplanverfahren 900 und 932). Es wurden keine planungsrelevanten Arten kartiert. Es ergaben sich keine Hinweise, dass durch die Planung die Verbotstatbestände des § 44 BNatSchG berührt werden. Im B-Planverfahren ist demnach keine vertiefende Art-Zu-Art Prüfung erforderlich. Da ein Vorkommen von Fledermausarten nicht gänzlich ausgeschlossen werden konnte, muss bei der Realisierung der Planung eine ökologische Baubegleitung erfolgen.</p>

teren Anregungen bzw. Bedenken zum Umfang und Detailierungsgrad der Umweltprüfung.	Der Anregung wird gefolgt.
--	----------------------------

Beteiligter: Umweltservice Bochum GmbH ID-Nr.: 244		Eingang: 23.02.2017 Nummer der Anregung: 47
Anregung: <p>Die USB Bochum GmbH betreibt als in der Gesellschafterstruktur kommunal gehaltenes Unternehmen im Auftrag der Stadt Bochum die an der Brelohstraße 70 in 44803 Bochum gelegene Zentraldeponie Kornharpen (ZDK) als in der Stilllegungsphase befindliche Abfallbeseitigungsanlage. Die Zentraldeponie Kornharpen liegt östlich des Stadtzentrums und nördlich der angezeigten Änderungen. Die Fläche des Deponiegeländes umfasst ca. 40 ha und wird allseitig von Verkehrsflächen (Bahntrassen im Norden und Südwesten, Bundesautobahn im Osten) umschlossen.</p> <p>Der Deponiebetrieb wurde mit Planfeststellungsbeschluss vom 28.02.1978 als klassische Deponie zur Ablagerung von Siedlungs- und Gewerbeabfällen (Deponieklasse II) aufgenommen. Aufgrund der nahezu vollständigen Verfüllung der genehmigten Deponiekubatur wurde im Jahr 2008 die Stilllegung der Deponie bei der zuständigen Genehmigungsbehörde beantragt.</p> <p>Da die Gewährleistung langfristiger Entsorgungskonzepte zur Erfüllung der gesetzlichen Vorgaben hinsichtlich der Sicherstellung einer zehnjährigen Entsorgungssicherheit (§§ 30 Abs. 2 KrWG, 5a Abs. 2 Ziffer 4 AbfG NRW) für die Stadt Bochum zu unseren Aufgaben gehört und die Schaffung von neuem Deponievolumen mit langfristigen Genehmigungsverfahren einhergeht, ergab sich für uns die Notwendigkeit, frühzeitig Möglichkeiten zu identifizieren, um den vorhandenen Bedarf an zukünftigem Deponievolumen (OK 1) befriedigen zu können.</p> <p>Durch die Möglichkeit der Weiternutzung stillgelegter Deponiestandorte im Bereich des aktiven Bodenmanagements, können neue / weitere</p>		Stellungnahme / Umgang mit der Anregung:

Deponieflächen erheblich minimiert werden. Solche „Aufstockungen“ haben zudem den Vorteil, dass auf vorhandene infrastrukturelle Einrichtungen zurückgegriffen werden kann. Aufgrund der absehbaren Notwendigkeiten und veränderten abfallrechtlichen Rahmenbedingungen wurde im Sinne eines langfristigen Entsorgungskonzeptes eine Machbarkeitsstudie zur Schaffung von neuem Deponievolumen am Standort der Zentraldeponie Kornharpen in Auftrag gegeben.

Inhalt der Machbarkeitsstudie war eine Untersuchung, ob und unter welchen Bedingungen eine Fortführung der Zentraldeponie Kornharpen als Abfallbeseitigungsanlage möglich ist. Als potentielle Fortführungsfläche wurde dabei die im derzeitigen regionalen Flächennutzungsplan der Städteregion Ruhr (gesamt) mit dem Symbol „Abfallwirtschaft“ (ohne räumliche Abgrenzung) versehen Fläche zu Grunde gelegt.

Nach einer ausführlichen Bestandsaufnahme und Analyse der bestehenden Infrastruktur wurden verschiedene Varianten entwickelt, wie ein zukünftiger Deponiekörper ausgebildet werden könnte. Eine umfassende Untersuchung beleuchtet alle Vor- und Nachteile dieser Varianten mit einer abschließenden Zusammenfassung und Handlungsempfehlung, welche vorsieht, den vorhandenen Deponiekörper innerhalb des planfestgestellten Bereichs in Richtung Westen (innerhalb des dortigen Gleisdreiecks) zu erweitern. Die hier geplante Erweiterung sieht ein zusätzliches Deponievolumen von ca. 2,0 Mjo. M³ bzw. 3,5 Mio. t vor. Bei einer jährlichen Ablagerungsmenge von bis zu 200.000 t/a wird von einer (zusätzlichen) Ablagerungsdauer von etwa 17,5 a ausgegangen.

Die bisherige Zuwegung zur Deponie, die Havkenscheider Straße in/aus Fahrtrichtung Werner Hellweg, würde aller Voraussicht nach auch für die Anlieferung von Abfällen (DK 1) zur erweiterten Deponie als Hauptstrecke zur Verfügung stehen und damit unmittelbar an dem geplanten Wohngebiet entlang führen.

Naturgemäß ist daher für die vorbenannte Ablagerungsphase mit einer verstärkten infrastrukturellen Inanspruchnahme der Zuwegungen durch Schwerlastverkehr zu rechnen, sodass eine „herannahende“ Wohnbebauung einzukalkulierenden Emissionen sowie Immissionen ausgesetzt werden wird.

Selbst wenn jedoch die geplante und hinsichtlich des Genehmigungs-

Das Plangebiet liegt ca. einen Kilometer von der Deponie und ca. 500 Meter von der Havkenscheider Straße entfernt. Da die geplante Wohnbaufläche direkt an den östlich verlaufenden Sheffield-Ring angrenzt, bildet dieser die dominierende Verkehrslärmquelle.

Darüber hinaus wird in der angesprochenen Machbarkeitsstudie, gemäß der Baugenehmigung, von einer ausschließlichen Anfahrt der LKW über die Brelohstraße – und nicht über die Havkenscheider Straße – ausgegangen. Im Bestand sind es demnach ca. 80 LKW pro Tag,

verfahrens bereits vorbereitete Fortführung der Deponie als Abfallbeseitigungsanlage für Abfälle der DK 1 keine Umsetzung erfahren würde, so ist jedoch bis spätestens 2020 mit dem Beginn umfangreicher und zwingender (Oberflächenabdichtungs-)Arbeiten auf der bestehenden Deponie zu rechnen, welche gemäß bestehender Genehmigungen zum Abschluss des Deponiekörpers sowie zur Einleitung der gesetzlich geforderten Rekultivierung erforderlich sind. Auch diese Arbeiten werden sich über einen Zeitraum von ca. 8 Jahren erstrecken, bis ein abschließender Zustand des technischen Bauwerks eintritt.

Da die vorbenannten Untersuchungen - wie bereits ausgeführt - insgesamt zu einem positiven Ergebnis führten, sind weitere Planungen für eine Fortführung der Zentraldeponie Kornharpen eingeleitet worden. Insbesondere wurden bereits erste Gespräche auf Verwaltungsebene in Bezug auf Bedarf, Alternativen sowie Konzepte und deren Umsetzung geführt, wobei eine abschließende Entscheidung der Verwaltung derzeit noch aussteht. Ziel ist es, natürlich vorbehaltlich einer positiven Entscheidung seitens der zuständigen politischen Gremien, unverzüglich das Genehmigungsverfahren bei der zuständigen Bezirksregierung Arnsberg einzuleiten.

Die aufgezeigten (beabsichtigten) Änderungsverfahren sollten die diesseitigen Planungen und die damit einhergehenden Emissionen, Immissionen sowie die damit verbundene höhere infrastrukturelle Frequentierung im Zu- und Abfahrtsbereich der Abfallbeseitigungsanlage hinreichend berücksichtigen und den insofern gesetzten kommunalen Zielen zur Gewährleistung einer zehnjährigen Entsorgungssicherheit nicht entgegenstehen.

Die insofern geschilderten Belange der Stadt Bochum bzw. unseres Unternehmens als Betreiberin der Abfallbeseitigungsanlage bitten wir im Rahmen der Umweltverträglichkeitsprüfung hinreichend und angemessen zu berücksichtigen.

zukünftig wäre mit ca. 110 LKW pro Tag zu rechnen.

Im Rahmen eines Planfeststellungsverfahrens zur Fortführung der Deponie ist ein Verkehrsgutachten zu erstellen, das neben der Verkehrsabwicklung auch eine Routenverfolgung sowie Maßnahmen zur Einhaltung der Benutzungspflicht der Brelohstraße aufzeigt und zudem alternative Erschließungsmöglichkeiten betrachtet.

Die für die Weiterführung der Deponie bzw. erforderlichen Arbeiten am Deponiekörper prognostizierten Schwerlastverkehrsfahrten sind in der Verkehrsuntersuchung für den Prognosehorizont entsprechend zu berücksichtigen und auf das Straßennetz umzulegen. Sie bilden dann die Grundlage für die Berechnungen zum Verkehrslärm.

Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.

Beteiligter: Staatskanzlei des Landes NRW ID-Nr.: 168	Eingang: 02.03.2017 Nummer der Anregung: 57
Anregung:	Stellungnahme / Umgang mit der Anregung:
<p><u>Der Umweltbericht zu der Planung führt aus:</u></p> <p><i>„Aufgrund der Inanspruchnahme der Fläche im Freiraum werden erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen bei nahezu allen Schutzgütern erwartet. So entfällt bei Durchführung der Planung das ökologische Potenzial der Fläche. Die geplante Neuversiegelung ist mit deutlicher Verschlechterung der Bodenfunktionen und Auswirkungen auf die Grundwasserneubildung verbunden. Die Umsetzung des Planvorhabens verursacht sowohl lokal als auch im gesamträumlichen Freiflächenverbund Verluste positiver lufthygienischer und klimatischer Funktionen. Maßnahmen und Planungen zur Kompensation hinsichtlich Klimaschutz, Klimaanpassung und der Versickerung von Niederschlagswasser sind bereits Bestandteil des Rahmenplanes. Durch eine klimawandelangepasste Stadtentwicklung mit Hilfe von Klimamodellen (Forschungsvorhaben "Plan 4 Change") können die Auswirkungen deutlich abgemildert werden. Insgesamt wird die Darstellung aufgrund der geschilderten Beeinträchtigungen als erheblich nachteilig eingestuft. Entsprechende Kompensationen sind in nachgelagerten Verfahren zu regeln.“</i></p> <p>Bezogen auf das Schutzgut Klima wird konkret ausgeführt, dass <i>„durch die Planung das Kaltluftentstehungsgebiet verloren geht und die östliche Frischluftschneise zusätzlich behindert wird. Die Lufthygiene wird dadurch erheblich verschlechtert. Eine Durchlüftung kann für die vorhandene wie auch für die geplante Wohnbebauung nicht mehr stattfinden.“</i></p> <p>Aus Sicht der Landesplanungsbehörde sind dies gewichtige Gründe, die in die weitere Abwägung der Planung einzustellen sind. Eine rechtliche Bewertung zu der Abwägung dieser Belange wird erst in Zusammenhang mit den Stellungnahmen aus dem Beteiligungsverfahren und der abschließenden Bewertung im Rahmen der zusammenfassenden Erklärung möglich sein.</p>	<p>Die Planungen für die Rahmenplanung „OSTPARK – Neues Wohnen“ (zu der auch die vorliegende RFNP-Änderung gehört) wurden von Oktober 2014 bis September 2017 unter Aspekten der Anpassung an den Klimawandel wissenschaftlich begleitet, im Rahmen des Forschungsvorhabens „Plan 4 Change“. Ziel war die Umsetzung einer klimawandelangepassten Stadtentwicklung anhand des Modellprojektes OSTPARK. Hierzu gehörten umfassende klimatologische Modellierungen der Ruhr-Universität Bochum. Es wurden verschiedene Varianten des Bebauungskonzepts gegenübergestellt und in Hinblick auf die Klimaanpassung optimiert. Die konkrete Umsetzung erfolgt im Rahmen der Bebauungsplanung.</p> <p>Dies ist in der Abwägung mit den sonstigen öffentlichen Belangen zu beachten, die letztlich im Bebauungsplanverfahren erfolgen kann, wo die Maßnahmen verbindlich zu regeln sind.</p> <p>Dennoch wird sich bei Durchführung der Planung der bisherige Ausgleichsraum mit positiver klimatischer und lufthygienischer Situation zu einem Lastraum entwickeln.</p> <p>Durch die geplante Umwandlung der Grünfläche in Wohnbaufläche wird das Gebiet nicht mehr länger dem Freilandklimatop zuzuordnen sein. Abhängig von Bebauungsart und -dichte wird sich stattdessen ein Vorstadt- oder Siedlungsklimatop entwickeln.</p> <p>Die geplante Bebauung wird zur Zunahme der lokalen thermischen Belastungen und Luftsituation führen. Die geplanten, günstigen Bebauungsstrukturen (Plan4Change) sorgen jedoch für eine nur geringe Belastungssituation. Der geplante Lärmschutzwall schränkt die Luftleitbahn zwar in gewissem Maße ein, aber ein Luftaustausch findet dennoch statt. Eine Zunahme von Wärmeinseln für die umliegende Wohnbebauung ist nicht zu erwarten, da die Belüftungssituation weiterhin</p>

	<p>gegeben ist</p> <p>Mögliche Auswirkungen von Starkregenereignissen wurden bei der Planung berücksichtigt und in das Entwässerungssystem integriert.</p> <p>Die Grünfläche wird nicht vollständig in Wohnbau- und Erschließungsfläche umgewandelt, sondern beinhaltet weiterhin einen hohen Anteil an Grün- und Freiflächen mit Bepflanzungen.</p> <p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.</p>
<p><u>Zum Thema „technische Bandinfrastruktur“:</u></p> <p>Mit der RFNP-Änderung sollen neue Wohnbauflächen ausgewiesen werden. In der Begründung, Nr. 2.1, werden die Vorgaben aus dem LEP genannt. Hier fehlt der Grundsatz „8.2-3 Grundsatz Bestehende Höchstspannungsfreileitungen“. Dieser ist zu ergänzen. Es ist anzugeben, ob und wenn ja, in welcher Entfernung ggf. eine Höchstspannungsfreileitung vorhanden ist und wie der Grundsatz 8.2-3 umgesetzt wird.</p>	<p>Der Mindestabstand des Plangebietes zu bestehenden Höchstspannungsfreileitungen liegt bei über 1.300 m. Insofern besitzt der Grundsatz 8.2-3 für das Plangebiet keine Relevanz.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p>
<p><u>Zum Thema „Siedlungsentwicklung“:</u></p> <p>Die Planungsgemeinschaft wird gebeten, die Grundsätze 6.1-2, 6.1-3, 6.1-5 bis 6.1-9, 6.2-1 und 6.2-2 des aktuellen LEP im weiteren Verfahren zu berücksichtigen. Die entsprechende Auseinandersetzung mit diesen Festlegungen muss aus den Unterlagen heraus erkennbar sein. Darüber hinaus wird darauf hingewiesen, dass zur Nachvollziehbarkeit der Bedarfsberechnung neben den Angaben zum Bedarf auch eine Gegenüberstellung der vorhandenen Reserven gehört.</p>	<p>Die Grundsätze 6.1-2, 6.1-3, 6.1-5 bis 6.1-9, 6.2-1 und 6.2-2 des aktuellen LEP werden im weiteren Verfahren in der Begründung zum RFNP-Änderungsverfahren 25 BO unter Pkt. 2.1 „Vorgaben des Landesentwicklungsplans (LEP)“ berücksichtigt.</p> <p>Der Anregung wird gefolgt.</p>

Beteiligter: Bezirksregierung Arnsberg, Abteilung 6 Bergbau und Energie in NRW		Eingang: 01.03.2017	
ID-Nr.: 13		Nummer der Anregung: 58	
Anregung:		Stellungnahme / Umgang mit der Anregung:	
<p><u>Hinweise zu den bergbaulichen Verhältnissen:</u></p> <p>Die o. a. Planbereiche liegen über den auf Steinkohle verliehenen Bergwerksfeldern „Prinzregent“ und „Ver. Rosenblumendelle“, beide im Eigentum der E.ON SE (Anschrift: E.ON SE, Landmanagement & Mi-</p>		<p>Für die Bebauungspläne 900 und 932 im Bereich Quartier Feldmark (und damit für den Bereich der vorliegenden RFNP-Änderung) wurde bereits ein Bergbau-Gutachten inkl. Grubenbildeinsichtnahme durch einen Fachgutachter erstellt.</p>	

ning, Brüsseler Platz 1, 45131 Essen), „Hoch Preußen“ und „Centrum-Morgensonne“ im Eigentum der Krupp Hoesch Stahl GmbH, Thyssen-Krupp Allee 1 in 45143 Essen sowie „Caroline“ im Eigentum der GfV Gesellschaft für Vermögensverwaltung GmbH, Flamingoweg 1 in 44139 Dortmund.

Außerdem über dem auf Eisenerz verliehenen Bergwerksfeld „Neu Essen“ im Eigentum der MAN SE in München, vertreten durch die MAN Grundstücksgesellschaft mbH, Steinbrinkstraße 170 in 46145 Oberhausen.

Ferner liegen die o.g. Planungsflächen über den auf Sole verliehenen Bergwerksfeldern „Carl“, „Adolf“ und „Laura“, alle im Eigentum der Krupp Hoesch Stahl GmbH, ThyssenKrupp Allee 1 in 45143 Essen.

Das o. g. Plangebiet (25 BO) liegt über dem Bewilligungsfeld „Lennert“. Die Bewilligung gewährt das Recht zur Aufsuchung und Gewinnung von Kohlenwasserstoffen. Rechtsinhaberin der Bewilligung ist die A-TEC Anlagentechnik GmbH, Schulstraße 11 in 46519 Alpen.

Aus bergbehördlicher Sicht weise ich darauf hin, dass an mehreren Stellen u. a. im Stadtgebiet Bochum Ausgasungen (u. a. Methan) an der Tagesoberfläche aufgetreten sind. Hier ist nicht bekannt, ob und inwieweit auch das angegebene Plangebiet (25 BO) von derartigen Ausgasungen betroffen ist.

Nach meinen Erkenntnissen sind Gasaustritte aufgrund der örtlichen Gegebenheiten in diesem Bereich jedoch hinreichend wahrscheinlich. Es sollte – ggf. unter Einschaltung eines Sachverständigen oder einer Sachverständigenstelle – geprüft werden, ob bzw. welche technischen Schutzvorkehrungen (z. B. passive Gasdrainage) bei der Vorhabensausführung vorzusehen sind.

In den o.g. Planungsbereichen ist nach den hier vorliegenden Unterlagen umfangreicher Altbergbau im tages- / und oberflächennahen Bereich sowohl vor dem Jahr 1900 als auch nach 1900 dokumentiert bzw. nicht auszuschließen.

In den Planungsbereichen sind danach bergbauliche Einwirkungen (Senkung, Setzung, Tagesbruch) nicht auszuschließen. Hinsichtlich einer gutachterlichen Einschätzung der bergbaulichen Verhältnisse

Die gefundenen Bergbauschäden liegen allesamt außerhalb des Geltungsbereichs der RFNP-Änderung. Die Bergbauschäden wurden zwischenzeitlich saniert.

Die Einstufung bzgl. Methangasaustritten und deren Auswirkungen sind in den Bebauungsplanverfahren zu berücksichtigen.

einschließlich einer Entscheidung über ggf. erforderlicher geeigneter Anpassungs- oder Sicherungsmaßnahmen ist bei Baumaßnahmen die Einschaltung eines Sachverständigen zu empfehlen. Für die Fläche 25 BO wurde bereits im Jahre 2015 die CDM Smith GmbH durch die Stadt Bochum beauftragt, eine Grubenbildeinsichtnahme durchzuführen. Ein entsprechender Hinweis wurde auch in die Begründung unter „5.3 Bergbau“ aufgenommen.

Über zukünftige bergbauliche Maßnahmen im Bereich der Planungsmaßnahme ist hier nichts bekannt. Zu zukünftigen Planungen sowie zu Anpassungs- oder Sicherungsmaßnahmen bezüglich bergbaulicher Einwirkungen sollten die o. g. Feldeseigentümer grundsätzlich um Stellungnahme gebeten werden, sofern nicht bereits geschehen.

Eine Durchschrift der Stellungnahme der Krupp Hoesch Stahl GmbH liegt hier bereits vor. Darüber hinaus bestehen keine weiteren Hinweise oder Anregungen zur Durchführung der Umweltprüfung.

Diese Stellungnahme wurde bezüglich der bergbaulichen Verhältnisse auf Grundlage des aktuellen Kenntnisstandes erarbeitet. Die Bezirksregierung Arnsberg hat die zugrunde liegenden Daten mit der zur Erfüllung ihrer öffentlichen Aufgaben erforderlichen Sorgfalt erhoben und zusammengestellt. Die fortschreitende Auswertung und Überprüfung der vorhandenen Unterlagen sowie neue Erkenntnisse können zur Folge haben, dass es im Zeitverlauf zu abweichenden Informationsgrundlagen auch in Bezug auf den hier geprüften Vorhabens- oder Planbereich kommt. Eine Gewähr für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Genauigkeit der Daten kann insoweit nicht übernommen werden. Soweit Sie als berechnete öffentliche Stelle Zugang zur Behördenversion des Fachinformationssystems „Gefährdungspotenziale des Untergrundes in NRW“ (FIS GDU) besitzen, haben Sie hierdurch die Möglichkeit, den jeweils aktuellen Stand der hiesigen Erkenntnisse zur bergbaulichen Situation zu überprüfen. Details über die Zugangs- und Informationsmöglichkeiten dieses Auskunftssystems finden Sie auf der Homepage der Bezirksregierung Arnsberg (www.bra.nrw.de) mithilfe des Suchbegriffs „Behördenversion GDU“.

Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.

Beteiligter: Regionalverband Ruhr, Referat 11, Regionalpark / ELP / Freiraumsicherung ID-Nr.: 276		Eingang: 10.03.2017 Nummer der Anregung: 62
Anregung: <u>Freiraumkonzept Metropoleruhr (Entwurf) / Verbandsgrünfläche</u> Der Geltungsbereich befindet sich innerhalb eines regionalen Grünzuges sowie innerhalb der Verbandsgrünfläche. Handlungsräume des Freiraumkonzeptes sind nicht betroffen, es liegt keine Engstelle oder Unterbrechung des Grünzuges vor, allerdings handelt es sich um eine Randlage zur Siedlung.		Stellungnahme / Umgang mit der Anregung: Der Änderungsbereich liegt <u>außerhalb</u> des im Regionalen Flächennutzungsplan festgelegten Regionalen Grünzuges E im Randbereich der Verbandsgrünfläche Nr. 7. Der Regionale Grünzug E wird durch den Sheffield - Ring östlich des Plangebietes begrenzt. Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.
<u>Geschützte Kulturlandschaft</u> Der Geltungsbereich befindet sich im geschützten Kulturlandschaftsbereich (KLB 320) „Hauptfriedhof und angrenzende Bereiche in Altenbochum (Bochum)“. Der Hauptfriedhof und angrenzende Bereiche in Altenbochum sowie ihr Umfeld sind hier beschrieben als bedeutsamer Kulturlandschaftsbereich (KLB) wie im Fachbeitrag Kulturlandschaft zum Regionalplan Ruhr.		Durch die Planung wird der Kulturlandschaftsbereich 320 lediglich tangiert; es entstehen keine Auswirkungen Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.
<u>Klimafunktion</u> Der Geltungsbereich befindet sich in einem klimatischen Ausgleichsraum mit sehr hoher Bedeutung.		Die Planungen für die Rahmenplanung „OSTPARK – Neues Wohnen“ (zu der auch die vorliegende RFNP-Änderung gehört) wurden von Oktober 2014 bis September 2017 unter Aspekten der Anpassung an den Klimawandel wissenschaftlich begleitet, im Rahmen des Forschungsvorhabens „Plan4Change“. Ziel war die Umsetzung einer klimawandelangepassten Stadtentwicklung anhand des Modellprojektes OSTPARK. Hierzu gehörten umfassende klimatologische Modellierungen der Ruhr-Universität Bochum. Es wurden verschiedene Varianten des Baukonzeptes gegenübergestellt und in Hinblick auf die Klimaanpassung optimiert. Die konkrete Umsetzung erfolgt im Rahmen der Bauungsplanung. Dies ist in der Abwägung mit den sonstigen öffentlichen Belangen u beachten, die letztlich im Bauungsplanverfahren erfolgen kann, wo die Maßnahmen verbindlich zu regeln sind. Dennoch wird sich bei Durchführung der Planung der bisherige Aus-

	<p>gleichsraum mit positiver klimatischer und lufthygienischer Situation zu einem Lastraum entwickeln.</p> <p>Durch die geplante Umwandlung der Grünfläche in Wohnbaufläche wird das Gebiet nicht mehr länger dem Freilandklimatop zuzuordnen sein. Abhängig von Bebauungsart und -dichte wird sich stattdessen ein Vorstadt- oder Siedlungsklimatop entwickeln.</p> <p>Die geplante Bebauung wird zur Zunahme der lokalen thermischen Belastungen und Luftsituation führen. Die geplanten, günstigen Bebauungsstrukturen (Plan4Change) sorgen jedoch für eine nur geringe Belastungssituation. Der geplante Lärmschutzwall schränkt die Luftleitbahn zwar in gewissem Maße ein, aber ein Luftaustausch findet dennoch statt. Eine Zunahme von Wärmeinseln für die umliegende Wohnbebauung ist nicht zu erwarten, da die Belüftungssituation weiterhin gegeben ist</p> <p>Mögliche Auswirkungen von Starkregenereignissen wurden bei der Planung berücksichtigt und in das Entwässerungssystem integriert.</p> <p>Die Grünfläche wird nicht vollständig in Wohnbau- und Erschließungsfläche umgewandelt, sondern beinhaltet weiterhin einen hohen Anteil an Grün- und Freiflächen mit Bepflanzungen.</p> <p>Der Hinweis wird zu Kenntnis genommen.</p>
<p><u>Schutzwürdige Böden</u> Die Böden im Geltungsbereich sind aufgrund der Funktion Bodenfruchtbarkeit besonders schutzwürdig.</p>	<p>Gem. der Themenkarten 7A und 7B „Schutzwürdige Böden“ zum Umweltbericht RFNP (Bodenschutzfachbeitrag des Geologischen Dienstes NRW) ist lediglich der südliche Teil des Änderungsbereiches als Fläche mit weitgehend naturbelassenen Bodenprofilen bzw. Boden mit Filter-/Puffervermögen (Vorkommen mit höherer Wahrscheinlichkeit) gekennzeichnet.</p> <p>Da der Änderungsbereich als Brachfläche (Stadtgärtnerei) z. T. baulich vorgenutzt und versiegelt ist, handelt es sich – auch im Hinblick auf die Flächengröße – um eine geringfügige Freirauminanspruchnahme. Die großräumigen Freiraumfunktionen – insbesondere des angrenzenden</p>

	<p>Regionalen Grünzuges E – bleiben erhalten.</p> <p>Der Hinweis wird zu Kenntnis genommen.</p>
<p>Aus Sicht des RVR ist die geplante Darstellungsänderung im Geltungsbereich aufgrund der klimatischen Ausgleichsfunktion und dem Schutz von Kulturlandschaft und Böden, sowie dem Flächenverlust am Regionalen Grünzug nicht wünschenswert.</p> <p>Als problematisch wird die Belastung der neuen Wohnnutzung entlang der Schnellstraße, aufgrund von Lärm- und Schadstoffimmissionen und der im Teilraum entfallenden klimatischen Ausgleichsfunktion gesehen.</p> <p>Auch die angrenzende vorhandene Wohnbebauung wird mehr belastet. Die vorhandene Grünfläche würde als Puffer entfallen.</p>	<p><i>Hinsichtlich der klimatischen Ausgleichsfunktion wird auf die vorstehenden Ausführungen zur „Klimafunktion“ verwiesen.</i></p> <p>Lediglich der südliche Randbereich ist als Fläche mit potenziell schutzwürdigen Böden gekennzeichnet; im übrigen Plangebiet sind schutzwürdige Böden nicht vorhanden. Aufgrund der Vornutzung sind teilweise befestigte Zuwegungen / Versiegelungen bzw. anthropogene Überprägungen vorhanden. Gleichwohl führt die Planung zu einem Verlust von natürlichen Bodenfunktionen. Dies ist in der Abwägung den sonstigen öffentlichen Belangen, wie den Wohnbedürfnissen der Bevölkerung (§ 1 Abs. 6 Nr. 2 BauGB) gegenüber zu stellen. Das Plangebiet liegt außerhalb des Regionalen Grünzuges.</p> <p>Bezüglich der auf die Wohnbebauung einwirkenden Immissionen ist zu beachten, dass zum Schutz der geplanten Wohnbebauung westlich des Sheffield-Rings umfangreiche aktive Lärmschutzbauwerke geplant sind. Diese werden ggf. durch passive Maßnahmen und Grundrisslösungen ergänzt, welche im Bebauungsplan festzusetzen wären.</p> <p>Die Planung wird voraussichtlich nicht zu einer wesentlichen Erhöhung der Luftschadstoffbelastung führen.</p> <p>Eine Zusatzbelastung der vorhandenen Wohnbebauung ist betreffend Lärmimmissionen zu verneinen. Im Gegenteil treten durch die geplante aktive Lärmschutzanlage sogar Verbesserungen auf gegenüber dem jetzigen Zustand.</p> <p>Bezüglich der stadtklimatischen Situation für die vorhandene Wohnbebauung wird auf die vorstehenden Ausführungen zur „Klimafunktion“ verwiesen. Ergänzend ist zu beachten, dass eine Verstärkung der Wärmeinseln insbesondere am Eichendorffweg nicht zu erwarten ist.</p> <p>Der Anregung wird nicht gefolgt.</p>

Beteiligter: Staatskanzlei des Landes NRW ID-Nr.: 168	Eingang: 25.04.2017 Nummer der Anregung: 63
Anregung: <p><u>1) Altlasten</u></p> <p>In der Begründung zur RFNP-Änderung 25 BO – Quartier Feldmark – (Vorentwurf) Nr. 5.4 wird ausgeführt, dass sich im Rahmenplangebiet einzelne Altlastenverdachtsflächen befinden und bereits orientierende Untersuchungen für die drei Teilbereiche des Rahmenplangebietes durchgeführt wurden.</p> <p>Im Umweltbericht S. 5 wird dagegen ausgeführt: Fläche wird nicht im Altlastenkataster geführt, ebenso liegen keine sonstigen Hinweise vor. Durch die Vornutzung der Fläche als Stadtgärtnerei ist z.B. der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln nicht auszuschließen. Im Hinblick auf die sensible Folgenutzung als Wohnbaufläche ist sicherzustellen, dass gesunde Wohnverhältnisse vorliegen.</p> <p>Die Ergebnisse der orientierenden Untersuchung sollten daher im Umweltbericht in der RFNP Änderung kurz dargestellt werden, um Klarheit darüber zu gewinnen, ob Bodenbelastungen vorliegen und Maßnahmenbedarf im Hinblick auf die geplante Wohnbaunutzung besteht.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Das Plangebiet ist erheblich durch Lärmimmissionen aus dem Straßenverkehr vorbelastet (Umgebungslärmkartierung: Straße tags 65 dB(A), nachts 55 dB(A)). • Das Gebiet ist heute schon durch die BAB 448 erheblich mit Luftschadstoffen vorbelastet. • Durch die Planung geht das Kaltluftentstehungsgebiet verloren und die östliche Freiluftschneise wird zusätzlich behindert, die Lufthygiene wird dadurch erheblich verschlechtert. 	Stellungnahme / Umgang mit der Anregung: <p>Die Fläche der RFNP-Änderung wird nicht im Altlastenkataster geführt. Die Oberbodenmischproben erfüllten alle Anforderungen der BBodSchV an Kinderspielflächen, es wurden also alle Prüfwerte eingehalten.</p> <p>Die Aussagen in der Begründung zum Vorentwurf bezogen sich auf Aussagen im Gutachten, die sich auf andere Bereiche des Rahmenplangebietes erstrecken, außerhalb der vorliegenden RFNP-Änderung. Hintergrund war, dass sich das Altlastengutachten („Orientierende Untersuchung“) auf ein größeres Areal (nämlich das gesamte „Quartier Feldmark“) bezieht, wovon die vorliegende RFNP-Änderung nur einen Teil umfasst. Die Begründung ist unter Kapitel 5.4 entsprechend angepasst worden, so dass es jetzt eine kongruente Darstellung sowohl im Umweltbericht als auch in der Begründung gibt.</p> <p>Der Anregung wird gefolgt.</p> <p>Zum Schutz der geplanten Wohnbebauung westlich des Sheffield-Rings sind aktive Lärmschutzbauwerke geplant. Diese werden ggf. durch passive Maßnahmen und Grundrisslösungen ergänzt, die dann im Bebauungsplan festzusetzen wären. Dadurch werden die Immissionen deutlich gemindert.</p> <p>Die Planung wird voraussichtlich nicht zu einer wesentlichen Erhöhung der Luftschadstoffbelastung führen.</p> <p>Hinsichtlich der stadtklimatischen Situation ist Folgendes zu beachten:</p> <p>Die Planungen für die Rahmenplanung „OSTPARK – Neues Wohnen“ (zu der auch die vorliegende RFNP-Änderung gehört) wurden von Oktober 2014 bis September 2017 unter Aspekten der Anpassung an den</p>

	<p>Klimawandel wissenschaftlich begleitet, im Rahmen des Forschungsvorhabens „Plan4Change“. Ziel war die Umsetzung einer klimawandelangepassten Stadtentwicklung anhand des Modellprojektes OSTPARK. Hierzu gehörten umfassende klimatologische Modellierungen der Ruhr-Universität Bochum. Es wurden verschiedene Varianten des Bebauungskonzepts gegenübergestellt und in Hinblick auf die Klimaanpassung optimiert. Die konkrete Umsetzung erfolgt im Rahmen der Bebauungsplanung. Dies ist in der Abwägung mit den sonstigen öffentlichen Belangen u beachten, die letztlich im Bebauungsplanverfahren erfolgen kann, wo die Maßnahmen verbindlich zu regeln sind.</p> <p>Dennoch wird sich bei Durchführung der Planung der bisherige Ausgleichsraum mit positiver klimatischer und lufthygienischer Situation zu einem Lastraum entwickeln.</p> <p>Durch die geplante Umwandlung der Grünfläche in Wohnbaufläche wird das Gebiet nicht mehr länger dem Freilandklimatop zuzuordnen sein. Abhängig von Bebauungsart und -dichte wird sich stattdessen ein Vorstadt- oder Siedlungsklimatop entwickeln.</p> <p>Die geplante Bebauung wird zur Zunahme der lokalen thermischen Belastungen und Luftsituation führen. Die geplanten, günstigen Bebauungsstrukturen (plan4change) sorgen jedoch für eine nur geringe Belastungssituation. Der geplante Lärmschutzwall schränkt die Luftleitbahn zwar in gewissem Maße ein, aber ein Luftaustausch findet dennoch statt. Eine Zunahme von Wärmeinseln für die umliegende Wohnbebauung ist nicht zu erwarten, da die Belüftungssituation weiterhin gegeben ist</p> <p>Mögliche Auswirkungen von Starkregenereignissen wurden bei der Planung berücksichtigt und in das Entwässerungssystem integriert.</p> <p>Die Grünfläche wird nicht vollständig in Wohnbau- und Erschließungsfläche umgewandelt, sondern beinhaltet weiterhin einen hohen Anteil an Grün- und Freiflächen mit Bepflanzungen.</p>
--	---

	<p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.</p>
<p><u>2) Immissionsschutz</u> Die von der Planänderung berührten umweltbezogenen Schutzziele (vgl. § 50 BImSchG) – Schutz der Allgemeinheit vor Lärm und die Reinhaltung der Luft – sind sicher zu stellen. Insbesondere sind im Plangebiet die Luftaustauschbahnen zu erhalten und in der nachfolgenden Bauleitplanung bei der Ausrichtung der Gebäude und der baulichen Dichte zu berücksichtigen. Die Schaffung von Querriegeln ist zu vermeiden.</p> <p>Die Auswirkungen von Verkehrslärm auf die geplante Gebietsumwandlung sind in den nachfolgenden Bauleitplanverfahren zu begutachten und durch z.B. Schallschutzmaßnahmen, Gebäude- und Raumanordnungen entsprechend zu berücksichtigen.</p> <p>Sind in einem Luftreinhalteplan Maßnahmen zur Luftschadstoffreduzierung festgelegt, so sind diese im Rahmen der künftigen Bauleitplanung zu berücksichtigen.</p> <p>Sind in einem Lärmaktionsplan planerische Festlegungen vorgesehen, so müssen diese bei der Planung berücksichtigt, d.h. mit dem ihnen zukommenden Gewicht in die Abwägung einbezogen werden.</p>	<p><i>- Hinsichtlich des Schutzes der Allgemeinheit vor Lärm und der Reinhaltung der Luft sowie der stadtklimatischen Situation wird auf die vorstehenden Ausführungen verwiesen. –</i></p> <p>Konkrete Festlegungen zur Stellung der Baukörper sind im Bebauungsplan zu regeln.</p> <p>Der Anregung wird gefolgt, soweit dies auf der Ebene des RFNP möglich ist.</p> <p>Zum Schutz der geplanten Wohnbebauung westlich des Sheffield-Rings sind umfangreiche aktive Lärmschutzbauwerke (Wall und Wall-/Wandkombinationen) geplant. Diese werden ggf. durch passive Maßnahmen und Grundrisslösungen ergänzt. Ein detailliertes Gutachten zum Verkehrslärm für das Bebauungsplanverfahren ist in Bearbeitung. Es beinhaltet sowohl den Schutz der geplanten Wohnbebauung als auch die Begutachtung der Veränderung durch das Zusatzverkehrsaufkommen an der Bestandsbebauung im Umfeld sowie die Auswirkungen durch den Bau der notwendigen Erschließungsstraßen.</p> <p>Die Festlegungen der Lärmaktionsplanung und der Luftreinhalteplanung werden bei der künftigen Bauleitplanung berücksichtigt bzw. in die Abwägung eingestellt.</p> <p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.</p>

3) Erneuerbare Energien

Nach dem Ziel 10.1-4 des LEP NRW sind die Potenziale der kombinierten Strom- und Wärmeerzeugung und der Nutzung von Abwärme zum Zwecke einer möglichst effizienten Energienutzung in der Regional- und Bauleitplanung zu nutzen. Dabei sind die Möglichkeiten des weiteren Ausbaus von Nah- und Fernwärmenetzen zu berücksichtigen. Auch nach dem Grundsatz des 8.2-6 des LEP NRW sollen bestehende Wärmenetze verbunden und ausgebaut werden. In unmittelbarer Nähe zu dem zu ändernden Gebiet verläuft bereits eine Fernwärmeleitung \geq DN 200. Es ist daher zu prüfen, ob hier im Hinblick auf die geplante Nutzung als Wohnbaufläche/Allgemeiner Siedlungsbereich die Möglichkeit besteht, das Fernwärmenetz weiter auszubauen.

Das Plangebiet ist für eine Fernwärmeversorgung durch die Stadtwerke Bochum Holding GmbH vorgesehen. Hierfür wird das bestehende Fernwärmenetz ausgebaut. Die Fernwärme wird aus Kraft-Wärme-Kopplung sowie zum Teil durch Abwärmenutzung gewonnen. Insofern wird dem landesplanerischen Ziel und dem Grundsatz gefolgt.

Der Anregung wird gefolgt.

Planungsgemeinschaft Städteregion Ruhr

Änderungsverfahren 25 BO – Quartier Feldmark – zum Regionalen Flächennutzungsplan

Synopse der Anregungen im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit

Im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung sind keine schriftlichen Stellungnahmen der Öffentlichkeit eingegangen.

Februar 2018